

# Aus der Stadt Halle

## Sturmeswüten.

Sturm und Regen brachte die vergangene Nacht. Der Wind rief an Fenstern, Türen und Dächern, und so mancher Stein und mander Dachziegel ist ihm zum Opfer gefallen. Vom roten Turm und von der Vorstadt wurden Teile des Schieferbelags herabgeworfen. An einem Schaufenster in der Magdeburger Straße rief der Sturm die Tür ab und schleuderte sie zu Boden. In der Richard Wagner-Straße stürzte ein Haus aus um, so daß die Feuerwehrgesellen werden mußte, um das Verkehrshindernis zu beseitigen. Verletzen sind nirgends zu Schaden gekommen.

## Stiller Wochenmarkt.

Auch auf dem heutigen Wochenmarkt gab es wieder Stillen. Nur ein Stück zu einer Markt, nach Angabe der Verkäuferin, die durchläuft und ganz frisch. Somit kosteten die Eier 16 Pfg. das Stück. Bauernbutter war zu 1 M. Markteibutter bis 120 M. angeboten.

Der Markt war sonst recht ruhig, wie gewöhnlich an Dienstagen. Auf dem Geflügelmarkt gab es schöne gerupfte Hühner. Hens und Hühner sind allenthalben zu sehen.

Der Blumenmarkt brachte neben den buntesten Kinderanzügen die hellblauen heimischen Schneeglöckchen wurden in großer Stück angeboten.

## Das Ueberfallkommando.

In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle, in denen aus nächtlichem Anlaß das Ueberfallkommando in Tätigkeit gesetzt wird. Damit geht der eigentliche Zweck dieses Kommandos für das allgemeine Beste verloren. Die Bürgerpflicht wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß das Ueberfallkommando unter Nr. 5555 nur anzurufen ist, wenn es sich um unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder für das Eigentum (Ueberfälle, Diebstahl) oder um sonstige Vorfälle, die ein sofortiges Eingreifen der Polizei bedingen, handelt. Unnötige falsche Alarmierung wird wegen großen Unfugs nach § 300, Ziff. 11 des Reichsstraf-Gesetzbuches bestraft. Überdies wird in diesem Falle wie auch in Fällen allg. gemein ungerechtfertigter Art der die Alarmierung veranlassende Person ein Mindestbetrag von 30 Mark in Rechnung gestellt werden.

## Warnung für Geschäftsleute.

In den letzten Tagen sind in Harburg Geschäftsleute durch ein Schwinderpaar gefährdet worden, das gefälschte Wechsel mit den Namen Georg Gerard, amerikanischer Konsul in Hamburg, und dem Abdruck eines Erbschaftstempels in Zahlung gab. Der Mann führt einen Paß mit Lichtbild und den Namen Max Rosenthal bei sich, spricht englisch und französisch und gibt sich als Mitglied der amerikanischen Kommission in Koblenz aus. Er ist 30 bis 32 Jahre alt, etwa 165 groß, hat blaues Gesicht, dunkle Augen und Haare. Falls das Schwinderpaar hier auftreten sollte, wird gebeten, seine Festnahme zu veranlassen.

## Krawall.

Gestern abend machte eine Truppe in gekleidetem Zug durch die Große Ulrichstraße, die im Interesse des Verkehrs für längere Zeit gesperrt wurde. Ein Polizeibeamter forderte die Beteiligten auf, auseinanderzugehen. Man folgte ihm nicht, sondern stieß Drohungen aus und betraf mit Eiswürfen. Der Beamte zog seine Pistole. Erst da hörten die Angreifer auf und die Leute gingen auseinander. Eine Person wurde mit zur Wache genommen.

In Grundbuch Blatt 7 enthielt sich gestern abend eine Schlägerei, bei der einem der Kämpfer mit einem gefährlichen Werkzeug die Oberlippe geknickt wurde.

An der Ecke Glauchaer Str. - Gertrudenstr. gerieten Angehörige zweier Verbände miteinander in Streit. Es kam zu Anfeindungen, die eine Menschenansammlung von etwa 150 Personen bewirkten. Die Polizei leitete indes rechtzeitig ein, so daß einvernehmliche Zusammenkünfte rechtzeitig vermieden wurden.

## Wässrige Butter.

Bei der Händlerin Marie Bonemann in Klein-Görschen wurden Butterproben entnommen. Dabei zeigte die Butter einen Wasserhalt von 19,8%. Zuflüsse sind jedoch im höchsten Maße nur 16%. Frau Bonemann bekam einen Strafbescheid über 30 Mark. Sie erhob Einspruch, und nun kam die Sache vor Gericht. Die Händlerin meinte, sie erzeuge doch die Butter nicht selbst, sondern laufe sie auch erst. Wie könne sie da den Wassergehalt kennen? Das Gericht hielt für jedoch auf den Standpunkt, sie sei verpflichtet, sich über die Güte der Ware zu unterrichten. Es bleibt also bei dem Strafbescheid.

# Steuerforgen für das neue Etatsjahr.

Weihnachtsgaben ohne Deckung / Einschränkungen und dennoch Steuerverdopplung im Wirtschaftsjahr 1925 / Abfindungen an Streikende / Die Stadtbankkredite / Ein Abschuß mit Gewinn.

Der Obmann ist die Krone ausgebrochen: Hedwig Krüger, die Tierche der kommunistischen Fraktion, ist aus dem Stadtparlament ausgeschieden. „Um sich ganz ihrem Landtagsmandat zu widmen“, sagt sie in ihrem Schreiben. Böse Menschen behaupten: Da stimmt etwas nicht. Hedwig, eine Frau von Temperament und Eigenart, soll mal wieder gegen den Stempel gelöst haben. Sie hat schon einmal gelöst und war heraus aus der Partei. Warum soll sie nicht wieder gelöst haben? Aber auch ohne Hedwigs Lungenkraft blüht der Lärm, den die Kommunisten gestern verübten, unvermindert.

Zunächst zwei geschlagene Stunden ein rabulovoller Disput über die berühmte Doktorfrage, ob Deputationen und Ausschüsse nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen sind. Der Rechts- und Verfassungsausschuß will die Sache ein für allemal klären, indem er das Staatsministerium in seiner Gesamtheit befragt. Bisher hat sich nur Herr Minister Seewing darüber ausgesprochen. Darin sahen die Kommunisten eine Provokation und riefen drohend: „30.000 Arbeiter stehen hinter uns!“ Und der Vertreter der Sozialisten, Herr Schaumburg, pries den Minister als die höchste Instanz. Der Streit wurde mit viel Schimperei geführt, und namentlich die Kommunisten suchten alle Möglichkeiten hinauszuziehen: Kormel, Oberpfarrer Knoblauch und was sonst noch. Die Versammlung entschied sich mit 29 gegen 23 Stimmen für den Antrag des Ausschusses, die Entscheidung des gesamten Staatsministeriums anzuerkennen.

Dann floß einmal auf einige Minuten die Verhandlung in ruhigem Ton. Der Gefängnisbeirat wurde gewählt, der erste Ratstag zur Grundverwaltungsordnung genehmigt, der Anteil der Stadt an der Mitteldeutschen Heimstätte um 8500 M. erhöht. Dagegen verlor man die Vorlage: Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Kraftwerke-G. m. b. H. Sachverhalt an den Ausschuß zurück. Herr Wimmer von Ordnungsbild batte dargelegt, daß die Gesellschaft in den Händen eines Unternehmers liege, der nach dem Kriege durch Del- und Beteiligungsaktion ein reicher Mann zu werden verstanden hat und seine gemeinnützigen Zwecke verfolgt. Der Einwand wirkte.

Die Berufsschulbeiträge wurden in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Form angenommen und der Verkauf von 2100 Quadratmeter Baugrund an den Bauern in der Nähe des Stadtparkes zum Einheitspreis von 15 Mark je Quadratmeter genehmigt.

Dann aber ging der Sturm von neuem los. Es handelte sich um den bekannten Beschluß vom Dezember, „besonders Bedürftigen zu Weihnachten eine Unterstützung zu geben“. Der Magistrat, der sich gegen diesen Beschluß von Anfang an gewehrt hat, macht bekanntlich die Durchführung von der Detungfrage abhängig. 250.000 Mark sind aufzubringen. Also schloß er vor — andere Quellen sind nicht zur Verfügung — eine Erhöhung der Grundsteuer um 50 Pfg., der Gewerbesteuer um 200 Pfg. Aber der Haushaltsausgleich lehnt diese Deckung ab. Und damit bleibt auch die Weihnachtsgabe ein unausgeführter Beschluß. Die Kommunisten zeigten sich über den Verlauf der Sache aufs äußerste erbost. Sie schimpften über die bürger-

## Leberente Verhaftungen.

Am Freitag erschien in den halbschen Zeitungen eine Mitteilung des Polizeipräsidiums in Halle, nach der eine Reihe von Personen, u. a. Fritz v. Eberlein und v. Petersdorf wegen Sozialistischer Verhaftung worden sind. Wie wir erfahren, mußte auf Grund der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter schon am Freitag die sofortige Freilassung der beiden Genannten erfolgen, weil sich die nötige Sozialistischer Verhaftungen der politischen Polizei ergeben hätte. Uns will scheinen, als ob sie sowohl bei der Verhaftung als auch bei der öffentlichen Diskussion einen allen großen Fehler machten. Die Angelegenheit dürfte natürlich noch ein Rechtspiel haben insofern, als Herr v. Eberlein gegen eine Grundlose Verhaftung und zweiwöchigen Festhalten im Polizeigefängnis den Rechtsweg bezogen wird.

Das Polizeipräsidium meldet über den Verfall in folgender Form: „Im Nachhinein zu meiner Notiz vom 5. Februar 1925 — 1 St. 1125 — teile ich mit, daß die festgenommenen Personen erst 6. Februar d. J. dem Richter vorgeführt worden sind, der nach ihrer Vernehmung gegen Gottschalk, Wetzig und Schulze die Untersuchungsbehaft anordnete hat.“

## Wieder Seife, Handtuch usw. im D-Zug.

Seife, Handtücher und Spiegel fanden früher in den Waggons der D-Züge zur Verfügung der Reisenden. Während des Krieges waren eins nach dem anderen daraus verschwunden. Jetzt hat die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft die Reichsbahnbediensteten angewiesen, sie wieder zu beschaffen. Dann sollen auch wieder die folgenden Handtücher an den Reisenden abgegeben werden.

liche Wohltätigkeit, die nur Heuchelei und Schwindel sei. Namentlich Herr Kilian zog ganz gewaltig nach Leder. Dabei bekamen auch die Sozialisten ihr Teil. Die wiederum wehrten sich und lassen den Kommunisten gründlich den Leht. Deren Gelei habe es verfehlt, daß damals vor Weihnachten nicht gleich die Mittel durch Erhöhung der Reallohnern bewilligt wurden, sondern erst nach eine Ausschüßberatung stattkam.

Mit Nachdruck verteidigte noch einmal Stadtrat Veltjens, der Degenern, den Standpunkt des Magistrats, indem er sich grundsätzlich gegen derartige Sondervergünstigungen aussprach. Die Fürsorgeverwaltung — so sagte er — hat nur ein Interesse daran, das allgemeine Niveau der Unterstützungen zu heben, nicht diese oder jene Kategorie von Hilfsbedürftigen herauszugreifen oder aus irgendeinem Anlaß Sonderzulagen zu gewähren. Solche Großzügigkeit ist der Verwaltung nicht erwünscht. Wir haben 250 abgesteuerte Erwerbslose, die der kommunistische Antrag zunächst bedenken sollte. Von den 250 arbeiten 150 bei der Stadt. Die anderen melden sich nicht und wir können sie nicht zwingen, an der Arbeit teilzunehmen. Infolgedessen fallen sie unter die allgemeine Fürsorge. Wir machen keine Unterschiede zwischen ausgesetzten Erwerbslosen und anderen Unterstützungsberechtigten, wie es die Kommunisten in ihrem unvernünftigen Antrag wollten. Und nun macht der Redner Ausführungen, bei denen die gesamte Versammlung klagte:

## Das neue Wirtschaftsjahr wird leßter bei Verdopplung der Steuern nicht ohne Defizit dastehen.

Darum zwingt der Finanzdezernent die anderen Degenern, ihre Ansprüche herunterzulassen. Wir Leiter der Fürsorgeverwaltung müßten unsere Forderungen um 100.000 bis 200.000 Mark von vornherein heruntersetzen. Wie kann man angesichts solcher Sachlage mündigen Sonderzulagen zu gewähren. An eine Hebung des allgemeinen Unterstützungsniveaus ist natürlich auch nicht zu denken.“

Die Kommunisten bestanden aber darauf, daß der Beschluß von damals durchgeführt werde, und redeten sich in eine immer wildere Erregung hinein. Von bürgerlicher Seite wurde man indes auch effig. Herr Kilian mußte es hinhängen, daß man seine Partei der Sozialisterei und Sozialisterei beischuldigt, ihr selbst aber einen politischen Kommandanten nannte. Herr K r u b s, das unabhängige Anhängel der Kommunisten, suchte die Situation zu retten durch einen Antrag, 250.000 Mark für die Weihnachtsgaben aus dem Erlös zu nehmen, den man beim Verkauf des Polizeigebäudes gemacht hat, und der deutliche Herr Schmidt war bemüht, wenigstens für das nächste Jahr Mittel für die Weihnachtsgabe sicherzustellen durch einen Antrag, in der neuen Etat für diesen Zweck von vornherein 250.000 Mark einzuflehen. Aber mit 31 gegen 23 Stimmen fielen alle diese Anträge unter den Tisch. Der Magistratsantrag, Mittel durch neue Reallohnern zu schaffen, wurde auch abgelehnt und damit bleibt der Beschluß der Weihnachtsgabe nach wie vor in der Luft

Die Vorlage über den Erlös der Baupolizeigebühren findet Zustimmung, ebenso der Antrag, für Kleinwohnungsbauten eine Bürgerschaft zu übernehmen. Die Eingabe des Cröllwitzer Kanaklubs, der die Gemäldebilder im ehemaligen Feinbühnen-Restaurant gemietet hat, wird abgelehnt.

Der Zeiger der Uhr rüdte schon bedenklich auf 8, als dann die sozialistische Anfrage über Einreisung abgelehnt wurde. Die Beschlüsse in den 11 städtischen Betrieben zur Verhandlung kam. Herr Müller (Soz.) behauptete, daß der Streit der Gemeindearbeiter in Halle immer noch fortwähre. 72 Leute seien auf der Strecke geblieben. Man habe sie nicht wieder eingestellt, obwohl Arbeit vorhanden sei. Da, man gable, um die Streikführer loszumachen, Abfindungen, die der Redner insgesamt auf 30.000 Mark bezuschelte. Namens des Magistrats gab Herr Stadtrat Fing er die Erklärung ab, daß diese Verhältnisse durch Vereinbarung zwischen Magistrat und den Arbeiterorganisationen geregelt seien. Die höchste Abfindung, die gezahlt wurde, betrage 1500 Mark.

An der Aussprache suchten die Sozialisten den Nachweis zu führen, daß bei der Straßenbahn „betriebsfremde“ Personen in großer Zahl eingestellt seien, vor allem Stahlweimer, und sie nannten auch Namen. Die Verammlung — es ging inzwischen fast in die 9. Stunde hinein und die Presse hatte schon den Saal verlassen — wies die ganze Materie zur Berberatung an den Ausschuß.

Von den Anträgen über Rattenplage, unvorrichtige Kredittage bei der Stadtbank u. a. kam dann nur noch die Anfrage über die Stadtbank zur Erörterung. Der Kommunist F i n e l m e i e r begründete sie. Er sprach über Ionel von Unrat, Schmutz und Fäulnis, die die Verammlung zunächst glaubte, er wolle sich mit der Rattenplage beschäftigen. Erst allmählich merkte man, daß er

## von den Stadtbankkrediten

sprach. Der Magistrat erledigte die Anfrage durch folgende offizielle Erklärung:

1. Die Geschäfte der Stadtbank werden mit der durch die Satzungen vorgeschriebenen und der Stellung als öffentlich-rechtliche Kreditanstalt entsprechenden Sorgfalt und Vorsicht

Die von der Stadtbank abgegebenen Kredite sind sämtlich vom Sparkassenrat geprüft und genehmigt worden. Die Frage der Deckung wird penäns genau beobachtet.

3. Das Geschäftsjahr 1924 wird mit einem beachtlichen Reingewinn der Stadtbank abschließen.

Verluste aus den Kreditgeschäften hat die Stadtbank bisher nicht erlitten; sie hofft auch künftig von irgendwie nennenswerten Verlusten verschont zu bleiben, obwohl das auch noch so notwendig geführte Kreditgeschäft, mag es in öffentlicher oder in privater Hand liegen, seiner Natur nach mit Risiken belastet ist und Verlusten nicht immer entgehen kann. Doch ein Kunde der Stadtbank den ihm gewährten Kredit zur Deckung von Spielgülden verwendet hat, ist dem Magistrat und der Stadtbank nicht bekannt und wird bezweifelt.

4. Ueber einzelne Geschäfte Auskunft zu geben, lehnt der Magistrat unter Hinweis auf das Bankgeheimnis ab. Das gefes- und leistungsmäßige Organ zur Prüfung der Geschäfte ist der Vorstand der Sparkasse.

Ein Schlußantrag machte dann den Verhandlungen ein Ende. — Nachfragen ist noch, daß Herr Disamentour 20 1/2 a 2, der früher schon ein Stadtorbitorientallium angehrte, als Nachfolger des verstorbenen Ein. Balke (Ordnungsbild) neu in das Kollegium eingeführt wurde.

Belehens Plaketen und silberne Gedeknüssen, zum Verband jeder dieser Klubs eine Pokal. Nachdem noch die Sieger vom Seniorenspektel mit silbernen Pokalen ausgezeichnet waren (u. a. Kegelschüler Riedsche 79 Jahre), hob der zweite Vorsitzende Herr K r e u z a m m in anerkenntlichen Worten die Treue der Regler für den Verband hervor. Er besaß der Sportobmann Herr Treßch, der die Medaillen den Siegern überreichte. Zum Schluß überreichte der Leipziger Verbandsvorsitzende einen dem Gäubetampf in Leipzig gewonnenen 2. Sieger-Pokal.

## Geleg und musikalische Darbietungen unternehmen die Feier.

## Weiterberuf der Wettewarte Jilannau.

Das Sturmfest, das im Laufe der Nacht auch in unserem Gebiet noch stürmische Winde verursachte, ist abgeganen. Ein zweites nächtlich bereits über England. Der zwischen beiden gelegene Hochdruck bringt heute vorübergehende Aufweiserung, der bald neue Verschlechterung folgen wird.

## 30 a 11 s e f i e W i t t o w s : Rath vorübergehender Aufweiserung erneut Verschlechterung mit lebhaften westlichen Winden.

**Korpulenz macht alt** verschuldet die Körper angeht. Wir sehen Korpulenzen und in allen im Startierenden Bemerkungen, in der Apotheke nahe Lohse-Rede, 30 oder 40 Jahre zu kaufen und macht gerade gibt in Winter, wo der Körper von Natur aus eine lebendige Bewegung zum Anlaß zeigt, eine Art vorzunehmen. Man hat versucht, überiges keine Stoffe, die das Fett angreifen. Verlangen Sie unerschütterlich.

werden. Während der älteren Jahreszeit will man Hochstufen in die Abteile der 1. und 2. Klasse legen. Die Beleuchtung und Lüftung sollen wieder „friedensmäßig“ werden. Statt Eisen soll wieder Holz und Messing verwendet werden. In den Hofkassen wird der Anstrich erneuert. Zu den neuen Wagen vierter Klasse sind vollständig mit Sitzplätzen versehen. Man sind endlich Wälder der schönsten Teile Deutschlands in den durchgehenden Zügen.

## Localverband hallischer Kegellubs e. V.

Am Sonntag beging der Localverband hallischer Kegellubs in seinem Heim „P a d e s e“ eine Ehrenfeier für die Klubs und Mitglieder, welche dem Verband 25 Jahre und länger angehören.

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Raumann R a d e i d e, gedachte in warmen Worten in einer Begrüßungsansprache vor allem der Sturms- und Drangperiode des Verbandes seit der Gründung, und wie der Verband aus kleiner Mitgliederzahl jetzt auf circa 1000 Mitglieder angewachsen sei. Der Regelsport sei heute nicht mehr ein Sport des Zeitvertreibs, sondern anerkannter Sport für Leibesübungen geworden.

Zwei Gründern dem Ehrenvorsitzenden Herrn Raumann Otto und Herrn Riedsch wurden die Ehrenmedaille überreicht. Ebenso erhielten diese die Herren: Wieseher, Höpfel, Pabst und Hein. Ferner zur besondere Verdienste die Herren: Werner, Kähn, Karl, Baatz und Deide.

Dem Deutschen Keglerbund erhielten 25 Klubs einen Ehrenbrief Nr. 20 1/2 a 2.

